

Hinter der Fassade

Verharmlosung der Linkspartei: Die SED-Erben sind Basis eines breiten linksextremen Netzwerkes

Kurt Zach

Vom demokratisch verfaßten Rechtsstaat zur „antifaschistischen“ Gesinnungsrepublik: Die tektonische Verschiebung im politischen System treibt in den vergangenen Tagen tolle Blüten, oder soll man sagen: rote Nelken? Gradmesser der Verschiebung sind die forcierten Bestrebungen in Medien und politischer Klasse, die „Linke“ als ganz normale Partei der „Mitte“ zu verorten. Das geht so weit, daß der Fraktionschef der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus Raed Saleh in einem Zeitungsbeitrag behaupten kann, „uneingeschränkt zur Demokratie und zum Grundgesetz“ stünden nur SPD, Grüne und Linke als Parteien der „linken Mitte“. Wer sich in diese Einheitsfront nicht einreicht, dem spricht Saleh implizit Verfassungstreue und demokratische Legitimation ab.

Der von Anti-AfD-Hysterie befeuerte Propagandacoup verwischt, daß die „Linke“ eben keine normale Partei ist. Tatsächlich ist sie die mehrfach umbenannte alte Diktaturpartei SED; sie ist mit ihr „rechtsidentisch“, wie ihr damaliger Schatzmeister Karl Holluba 2009 selbst eidesstattlich versicherte.

Das ist keine formale Begriffsklauberei. Es geht um viel Geld und um die Legitimation, juristisch für ihre Sicht der DDR-Vergangenheit zu kämpfen. Und es ist in Programm und Personal der Partei bis heute sichtbar. Die Linke definiert sich als „sozialistische Partei“, die „revolutionäre Veränderung“ der Gesellschaft und den „Bruch mit dem Kapitalismus“ erreichen will, mithin einen anderen Staat und eine andere Gesellschaft anstrebt als vom Grundgesetz vorgesehen.

Alte SED-Kader, hauptamtliche Stasi-Spitzel und ihre Seilschaften sind in der „Linken“ und ihrem Umfeld noch immer reichlich zu finden. Auch hinter der biederlandesväterlichen Fassade des im Lande durchaus populären Ex-Ministerpräsidenten Bodo Ramelow: Seine Regierungsfraktion leistete sich in der vergangenen Legislaturperiode einen Stasi-Spitzel als kommunalpolitischen Sprecher. Da Rot-Rot-Grün bis 2019 mit einer Stimme Mehrheit in Erfurt regierte, hing, wenn man so will, die Koalition von einem Stasi-Mann ab.

West-Import Ramelow, der sich gern leutselig gibt, ist so janusköpfig wie seine Partei. Wenn er Verständnis für den Mauerbau äußert, den Schießbefehl leugnet und sich hartnäckig weigert, von der DDR als Unrechtsstaat zu sprechen oder augenzwinkernd mit Bildern vom „Genossen Stalin“ in Uljanowsk posiert, dem immer noch mit seinem Sowjet-Namen geschlagenen Simbirsk, blitzt der betonköpfige „Sozialist“ durch, als der er neuerdings nicht mehr bezeichnet werden will.

Noch deutlicher aber konterkarieren die tiefen Verstrickungen der SED-PDS-„Linke“ in die linksextremistische Szene und ihre militanten und umstürzlerischen Ausleger das politisch-mediale Weichzeichnerbild von der vermeintlichen „neuen“ linken Mitte.

Sieben „offen extremistische Strukturen“ innerhalb der Partei „Die Linke“ hat allein das Bundesamt für Verfassungsschutz im Visier. Das Spektrum reicht von der „Antikapitalistischen Linken“ (AKL), einer offiziellen Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei, über das trotzkistische Netzwerk „marx21“, das auf die von der Linken aufgesogene Splitterpartei „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV) zurückgeht, bis zum ebenfalls offiziellen Zusammenschluß „Sozialistische Linke“; von der „Kommunistischen Plattform“, in der sich linientreue SED-Kader und DDR-Zurückbeschwörer tummeln, bis zur offiziellen Jugendorganisation der Partei, der Linksjugend „Solid“.

Ihre führenden Exponenten sind keine versprengten Sektierer, sondern fest in der Parteihierarchie verankert und vielfach mit einflußreichen Positionen in den Parlamentsfraktionen ausgestattet. Langjährige Sprecherin der AKL war die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion und Mitgründerin der westdeutschen K-Gruppe „Kommunistischer Bund“, Ulla Jelpke; bekanntestes Aushängeschild der Kommunistischen Plattform war die langjährige Fraktionschefin Sahra Wagenknecht. Bei der trotzkistischen „marx21“ Gruppe tummeln sich Janine Wissler, Bundespartei- und hessische Landtagsfraktionsvorsitzende, das Bundesvorstandsmitglied Christine Buchholz oder die Bildungspolitikerin Nicole Gohlke.

Noch unübersichtlicher und einflußreicher sind die zahlreichen Verflechtungen mit Antifa-Gruppen und militanten Linksextremisten oder extremistischen Organisationen wie der Roten Hilfe. Regelmäßig werden linksextreme Demonstrationen, die in Gewalt ausarten, von Linken-Politikern angemeldet. Parteichefin Katja Kipping ist Mitunterzeichnerin des Anti-AfD-Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“, dessen Unterstützerkreis von zahlreichen linksextremen Gruppen bis in die SPD- und Grünen-Prominenz reicht. In Thüringen fungierte die Landtagsabgeordnete Katharina König, Tochter des notorischen Jenaer Antifa-Pfarrers König, als Schlüsselfigur beim Ausbau und bei der staatlichen Finanzierung linksextremer Strukturen.

Diese Volksfront-Strategie hat Methode, sie geht auf bewährte kommunistische Vorbilder zurück. Ihre Losung ist der stalinistische Kampfbegriff des Kampfes gegen den „Faschismus“, der kommunistischen Diktaturen höhere Legitimation verleihen und potentiell jeden diskreditieren soll, der nicht auf Parteilinie liegt. Unter Stalin landeten National-Sozialisten und nicht bündniswillige Sozialdemokraten im „Faschisten“-Topf, heute kann es die AfD genauso treffen wie FDP- oder CDU-Politiker, wenn sie mit jener zusammenarbeiten.

Wenn heute von Grün bis SPD, im Medienestablishment und sogar bei FDP und Union wahl- und besinnungslos gegen „Nazis“ und „Faschisten“ polemisiert wird, um politische Gegner maximal abzuwerten, gehen die Nachplapperer also einer alten

kommunistischen Propagandamasche auf den Leim. Wer das nicht durchschaut, wacht morgen in der nächsten Gesinnungsdiktatur auf.

Aktiv und aggressiv?

Verfassungsschutz: Erstmals seit Jahren sollen wieder Parlamentarier beobachtet werden / Mehrere AfD-Politiker betroffen / Bundesamt schweigt offiziell

Christian Vollradt

Die Zeit spricht von einer Zäsur. Laut Recherche der Hamburger Wochenzeitung haben das Bundesamt sowie Landesämter für Verfassungsschutz erstmals seit über fünf Jahren begonnen, deutsche Parlamentarier zu beobachten. Informationen über sie sollen demnach sowohl in der allgemeinen Verfassungsschutzdatei als auch in eigens dafür angelegten Personenakten gespeichert werden. Das Blatt spricht von einer Handvoll „besonders radikaler AfD-Abgeordneter“ und nennt die Namen dreier Landespolitiker: Thüringens Landes- und Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke, seinen Brandenburger Kollegen Andreas Kalbitz sowie den Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider aus Sachsen-Anhalt.

Vor gut einem Jahr, im Januar 2019, hatte der Inlandsnachrichtendienst bekanntgemacht, ihm lägen noch nicht hinreichend verdichtete „Verdachtssplitter“ über „erste tatsächliche Anhaltspunkte für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgerichtete Politik der AfD“ vor. Man stufe die Partei daher als sogenannten „Prüffall“ ein. Das von der AfD angerufene Verwaltungsgericht in Köln untersagte daraufhin im Februar per einstweiliger Anordnung der Behörde, die Partei weiterhin öffentlich als „Prüffall“ zu bezeichnen.

Ramelows Beobachtung war nicht gerechtfertigt

Bei der Jungen Alternative (JA) und der nicht fest umrissenen innerparteilichen Gruppierung „Flügel“ liegen nach Einschätzung der Verfassungsschützer „stark verdichtete Anhaltspunkte dafür vor, daß es sich bei ihr um eine extremistische Bestrebung handelt“. Die JA und der „Flügel“ werden als „Verdachtsfall“ geführt. Beide können daher auch – anders als die Gesamtpartei – „bei Bedarf auch mit nachrichtendienstlichen Methoden“ beobachtet werden. Dies können beispielsweise abgehörte Telefonate oder mitgelesene E-Mails sein. Ergebnisse solcher nachrichtendienstlicher Überwachung können dann in den Personenakten der Betroffenen festgehalten werden. Mittlerweile hat die AfD Klage gegen die Einstufungen von JA und Flügel eingereicht (JF 4/20).

Die neue Entwicklung betrifft offenbar nicht nur AfD-Abgeordnete, sondern auch solche der Linkspartei, deren Überwachung laut Medienberichten ebenfalls vom Verfassungsschutz erwogen werde. Dies war im Jahr 2014 vom damaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) beendet worden. Der Grund: Das

Bundesverfassungsgericht hatte im September 2013 entschieden, daß die Beobachtung von Abgeordneten durch Behörden des Verfassungsschutzes „einen Eingriff in das freie Mandat“ darstellt, der „strengen Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit“ unterliege. Geklagt gegen seine Beobachtung hatte Linken-Politiker Bodo Ramelow – mit seinem Rechtsbeistand Dietrich Murswiek, also jenem Staatsrechtsprofessor, der aktuell die AfD bei ihrem Vorgehen in Sachen Verfassungsschutz gutachterlich beraten hat (JF 47/19). Karlsruhe hatte seinerzeit im Fall Ramelow zu dessen Gunsten entschieden: Die langjährige Beobachtung seiner Person als Bundestags- und Landtagsabgeordnetem genüge den Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit nicht.

Denn damit das Interesse des Staates am Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung den Schutzanspruch des freien Mandats überwiegt, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Etwa „wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, daß der Abgeordnete sein Mandat zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht oder diese aktiv und aggressiv bekämpft“, urteilten die Karlsruher Richter.

Begrenzt in seiner Bedeutung für die Beurteilung einer Partei durch den Verfassungsschutz ist dagegen der sogenannte Vorlauf, also eine eventuelle frühere extremistische Ausrichtung ihrer Mitglieder. Dies machte in der Vergangenheit das Beispiel der Grünen deutlich. Anfang 1985 hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) festgestellt, daß „mindestens fünf, also fast die Hälfte der elf Mitglieder des Bundesvorstands, darunter zwei der drei Sprecher“ vorher linksextremistischen Organisationen angehört hatten. Dies lasse jedoch nach damaliger Ansicht der Behörde „nur sehr begrenzte Rückschlüsse auf Umfang und Einfluß des gegenwärtigen extremistischen Potentials innerhalb der Grünen zu“.

Der JUNGEN FREIHEIT teilte das BfV nun mit, es könne „nach sorgfältiger Abwägung“ die Frage „hinsichtlich einer etwaigen Beobachtung von Abgeordneten“ nicht beantworten. Denn „durch eine Stellungnahme zum Beobachtungsobjekt einer Organisation außerhalb der Verfassungsschutzberichte könnten Rückschlüsse auf den Aufklärungsbedarf, den Erkenntnisstand sowie die generelle Arbeitsweise des BfV gezogen werden“. Daraus, so betonte die Pressesprecherin, „kann weder gefolgert werden, daß eine Organisation beobachtet wird, noch daß sie nicht beobachtet wird“.

Für das Recht auf Vaterland

**200. Pegida-Demonstration: Volksfeststimmung in Dresden / Björn Höcke begeistert empfangen
Hermann Rössler**

Test, eins, zwei, Lügenpresse.“ Das Mikrofon funktioniert. Die Menschen, die sich auf dem Neumarkt in Dresden versammelt haben, antworten gut gelaunt mit dem Ruf „Lügenpresse“. Der 200. Abendspaziergang der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) hat begonnen.

Ein „historischer Tag“, verkündet Pegida-Initiator Lutz Bachmann von der Bühne, auf der später der thüringische AfD-Fraktionschef Björn Höcke sprechen soll. 2014 gegründet, um einer Islamisierung Europas etwas entgegenzusetzen, stehe die Bewegung „inzwischen für den Kampf des kleinen Bürgers in einer breiten Palette von Ungerechtigkeiten“. Die Forderungen reichten von einer nachhaltigeren Renten- und Familienpolitik über eine Bildungspolitik „ohne Gendergaga“ bis zu einem Stopp der Waffenexporte.

Der Demonstrant Manfred S. (Name geändert) ist überzeugt, seinen Kindern und Enkelkindern etwas Gutes zu tun, indem er sich bei Pegida engagiert. „Die Islamisierung kommt. Später werden sie uns fragen, was habt ihr getan?“ Seit fünf Jahren geht der Rentner mit auf den Neumarkt. Mit festem, durchdringendem Blick sagt der 80jährige: „Ich stehe hier für mein Recht auf Vaterland.“

„Selig die, die Frieden stiften.“ Das Jesuswort aus der Bergpredigt steht auf einem an der Frauenkirche hängenden Banner. Schräg gegenüber ist am fünften Stock eines der den Neumarkt säumenden Häuser ein rotes Tuch befestigt: „Kein Fußbreit dem Faschismus“. Vor dem Kuppelbau der Kirche wehen thüringische, sächsische und fränkische Flaggen über den Köpfen der Demonstranten, die den Platz gut ausfüllen. Doch Schwarz-Rot-Gold ist die den Abend prägende Farbkombination. Neben den typischen Wirmer-Fahnen mit dem Balkenkreuz sind auch solche der AfD zu sehen sowie russische Flaggen. „Wir sind ein Leuchtturm der patriotischen Bewegungen und haben allen demokratischen Parteien den glühenden Stempel von Pegida ins Parteibuch gedrückt“, postuliert Versammlungsleiter Wolfgang Taufkirch.

CDU und FDP beteiligen sich an der Gegendemo

Pegida-Initiator Lutz Bachmann pflichtet dem bei: „Wir weichen keinen Millimeter vor der rotfaschistischen Einheitsfront zurück. Wir machen weiter, wo andere längst aufgegeben haben.“ Seine Zuhörer danken ihm mit Applaus und „Widerstand! Widerstand“-Rufen.

Die „Patriotischen Europäer“ sind nicht alleine auf dem Neumarkt. Getrennt durch eine Polizeilinie und einen laut Bachmann „antifaschistischen Schutzwall“ aus Deutschland-Fahnen haben sich unter anderem linksextreme Protestler von „Dresden nazifrei“ und der „Antifaschistischen Aktion“, aber auch die „Omas gegen Rechts“ positioniert. Zudem haben CDU und FDP unter dem Motto „Demokratie braucht Rückgrat“ zur Gegendemonstration aufgerufen. Den „Nie wieder Ramelow“-Parolen schlagen die „Nie wieder Deutschland“-Schreie entgegen. In sozialen Netzwerken kursieren Zahlen von 4.000 Pegida-Teilnehmern und etwa 2.000 Gegendemonstranten. Die Polizei macht dazu keine Angaben.

Katrin K. (Name geändert) nennt die Gegendemonstranten „dumm und naiv“. Diese hätten den „Sinn für die Realität verloren“, findet die 54jährige Chemnitzerin. Sie sei in der DDR groß geworden und erkenne Parallelen zu heutigen Entwicklungen. Trotz ihrer sichtlichen Erregung ist Katrin guter Stimmung und schaut freundlich hinter ihrer Brille hervor. Als „Kämpfer an der Front“ sieht sie sich. Bedauerlich sei, daß viele Jugendliche den Ernst der politischen Lage verkennen würden und sich auf die „falsche Seite“ schlugen. „Die Osteuropäer fassen sich an den Kopf. Wie ein Volk so selbstzerstörerisch sein kann, ist für mich unverständlich.“

Als dann Höcke die Bühne betritt, empfängt ihn das Publikum mit dem Rufen seines Nachnamens. Der Politiker spricht über die Wahl des FDP-Abgeordneten Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD. Daß die „Kartellparteien“ und ein großer Teil der Medien die Wahl Kemmerichs als „Dambruch“ verunglimpften und somit einen demokratischen Vorgang ablehnten, zeichne ein Bild der „Arroganz der Macht“ der Berliner Regierung. Dennoch habe das gezeigt: „Die Politiker spüren den chronischen Machtverlust.“ Trotz aller Diffamierungen seiner Person und dem „Nazi-Tourette“, das Höcke Teilen der Gesellschaft attestiert, plädiert er dafür, den Humor nicht zu verlieren. „Wenn wir uns das kleine, private Glück nicht nehmen lassen, werden wir den großen Kampf durchstehen und siegreich beenden.“

Der 23jährige Dresdner Sven F. geht seit fünf Jahren hin und wieder zu den Kundgebungen. Er sagt, Pegida habe keine große Bedeutung mehr. „In Berlin interessiert das keine Sau.“ Der 55jährige Klaus P. (Name geändert) ist Angestellter einer Automobilfirma. Er steht ein Stück abseits der Menge. Seine Meinung zu den Demonstrationen, die sich gegenüberstehen? „Ganz ehrlich, ich find’ beide Seiten beängstigend.“ Die Polizei schreibt in ihrem Einsatzbericht: „Das Versammlungsgeschehen verlief störungsfrei.“

Personen werden ausradiert

**Gezielte Löschaktionen bei Facebook: Namen wie Martin Sellner oder Tommy Robinson verschwinden
Gil Barkei**

In George Orwells dystopischem Roman „1984“ arbeitet Hauptfigur Winston Smith in der „Dokumentations-Abteilung“ im „Ministerium für Wahrheit“. Seine Aufgabe ist es, unliebsame Begriffe und Ereignisse aus den Presseerzeugnissen und deren Archiven umzuschreiben und zu löschen – was den Machthabern nicht paßt, soll schlicht nie existiert haben.

Im Hier und Jetzt verschwinden Begriffe und Namen aus dem digitalen Gedächtnis der sozialen Medien. Sie werden bei Facebook einfach ausradiert, so als ob es sie nie gegeben hätte. Davon betroffen: Martin Sellner, Tommy Robinson und die Identitäre

Bewegung (IB). Seit einigen Wochen häufen sich die Berichte, wonach Beiträge und Videos, in denen die Namen vorkommen, systematisch gesucht und gelöscht werden. Und das unabhängig davon, ob die Inhalte diese Personen und Organisationen in einem positiven, kritischen oder neutralen Kontext erwähnen.

Seit September hat das Online-Netzwerk auch zehn Beiträge der JUNGEN FREIHEIT gelöscht, in denen der Leiter der Identitären Bewegung Österreichs oder die IB selbst erwähnt wurden – neun allein seit Beginn des neuen Jahres. Die knappe, keine detailliertere Auskunft gebende Begründung: „Der Beitrag verstößt gegen unsere Gemeinschaftsstandards“ – manchmal mit den Ergänzungen „zu Haßrede“ oder „zu gefährlichen Personen oder Organisationen“. Bei den Inhalten handelte es sich um Verlinkungen zu Artikeln von JF-Online mit jeweils einem kurzen Teaser.

Schnüffeln in der Netz-Vergangenheit

Für Martin Sellner, dessen Facebook- und Instagram-Profile schon vor Jahren einfach abgeschaltet wurden, stellt Mark Zuckerbergs Netzwerke-Imperium immer noch eine „wichtige Plattform“ dar, die für ihn allerdings eine „digitale Nogo-Area“ sei. Gerade als Medienmacher und Aktivist sei das „selbstverständlich ein tiefer Einschnitt“, da die Netzwerke „eine Monopolstellung haben und für jedes politische oder wirtschaftliche Fortkommen unerlässlich sind“. Jetzt gehe man aber offenbar „noch weiter und will sogar unterbinden, daß andere Dinge über mich posten“, sagt er der JF. Betroffen seien „Posts mit meinem Nachnamen“ sowie „Links meiner Videos und Internetseiten“.

Auffällig an Facebooks Vorgehen gegen den JF-Account: viele der von dem US-amerikanischen Internetunternehmen zensierten Berichte liegen mehrere Jahre zurück. Facebook schnüffelt also gezielt in der Vergangenheit der Netz-Historie. So stammen der erste, aber auch andere beanstandete Beiträge aus dem Sommer 2017, als die IB im Zuge ihrer Mission „Defend Europe“ mit einem eigens gecharterten Boot im Mittelmeer auf die Schleppertätigkeit mehrerer Nichtregierungsorganisationen aufmerksam machte.

Weitere gekappte Weiterleitungen stammen aus den Jahren 2018 und 2019. Der zuletzt gelöschte Beitrag ist gar vom 8. März 2013 und stellt lediglich ein Bildschirmfoto und einen Link der 3sat-Sendung „Kulturzeit“ dar, auf dem das Logo der Identitären Bewegung zu sehen ist.

Betroffen sind Kommentare (unter anderem von Chefredakteur Dieter Stein), Interviews und schlichte Nachrichtenmeldungen mit unverfänglichen sachlichen Teasern wie beispielsweise diesem: „Die Identitäre Bewegung Deutschland hat Vorwürfe zurückgewiesen, sie habe Parteien und Redaktionsräume attackiert. ‘Von einem Angriff oder gar einer Attacke zu sprechen wegen ein paar Plakaten, einem Banner und einem abgeladenen Steinhaufen, stellt eine unfaßbare Übertreibung dar’, sagte ein IB-Sprecher der jungen freiheit.“ Für Facebook eine Wortwahl, die gelöscht gehört.

Sellner, der auch bei über zwei Dutzend (Online-)Banken und Zahlungsdienstleistern gesperrt ist, sieht in dieser Praxis eine „digitale Vaporisierung“. Man versuche ihn „aus dem Bewußtsein der Menschen zu löschen“. Dies funktioniere „aber Gott sei Dank nicht, da die Leute auf freie Plattformen wie Telegram kommen“.

Die JF hat gegen alle Löschungen auf ihrem Profil Einspruch über das Beschwerdeformular bei Facebook eingelegt. Ohne weitere genaue Erläuterungen wurden daraufhin vier Beiträge wieder freigeschaltet. Eine Entscheidung steht noch aus. Die beibehaltenen Löschungen haben Nutzer nach einmaligem Widerspruch und dessen intransparenter Bearbeitung zu akzeptieren. Die Fälle werden als „Geschlossen“ angezeigt; anonyme Mitarbeiter eines ausländischen privaten Tech-Unternehmens als Ermittler und Richter über die Meinungsfreiheit. Eine Erklärung, welche Formulierung oder welches Wort ein Problem darstellte, blieb in allen Fällen aus. Stattdessen hieß es lediglich: „Es tut uns leid, daß wir das falsch verstanden haben. Wir haben deinen Beitrag noch einmal geprüft und bestätigt, daß er unseren Gemeinschaftsstandards entspricht.“

Betroffen von der Willkür ist nicht nur die JF. Anfang Dezember hatte der Medienanwalt Joachim Steinhöfel mit seinem Fonds „Meinungsfreiheit im Netz“ vor dem Landgericht Berlin eine von mehreren Einstweiligen Verfügungen gegen Facebook erstritten (JF 51/19). Das Gericht sah es als glaubhaft an, daß das soziale Netzwerk Beiträge, in denen der britische Aktivist Tommy Robinson vorkommt, systematisch streicht. Steinhöfel spricht im Interview mit JF-TV von „automatisierten“ Löschungen „bestimmter Namen“, die „auf einer Liste bei Facebook stehen müssen“. Er fordert: „Die Namen muß man nennen dürfen. Man kann die Personen ja kritisieren und sagen: ‘Ein übler Rechtspopulist und Hetzer, dieser Sellner’. Das geht auch nicht, der Name fliegt raus. Das sind Geschichten, da bleibt einem die Spucke weg.“ Namen zu eliminieren, das sei „ein unglaublicher Vorgang“.

Medienanstalten fordern mehr Regulierung

Ähnliche Erfahrungen hat auch – etwa zur gleichen Zeit der ersten Löschung eines JF-Beitrags – der patriotische Blog younggerman.com gemacht. Wie Betreiber Ferdinand Vogel der JF erzählt, gab es Ende September 2019 „drei Löschungen verfaßter oder lediglich geteilter Inhalte“ mit Bezug zum alternativen US-Medium Breitbart oder zu Tommy Robinson.

Eine JF-Anfrage zu den Hintergründen des auffälligen Aktionismus, zu betroffenen Personen, zu vermeintlich eingesetzten KI-Algorithmen und zu den rechtlichen Grundlagen dieser Eingriffe in die Pressefreiheit ließ Facebook wie gewohnt (JF 21/19) unbeantwortet.

Ungeachtet dessen zeigen sich mehrere Landesmedienanstalten nicht zufrieden mit den Selbstverpflichtungen der sozialen Netzwerke im Kampf gegen „Desinformation“. In einer Untersuchung für die EU-Kommission kommen die Medienanstalten von Bayern, Berlin-Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zu dem Ergebnis, daß die Selbstregulierungen von Facebook, Twitter und Youtube bisher

„weder effektiv noch verhältnismäßig“ seien – insbesondere bei politischen Anzeigen und Botschaften wie Zitatetafeln. Der Direktor der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Tobias Schmid, spricht sogar von einem „Systemversagen“. Damit sind jedoch nicht die Einschränkungen der Meinungsfreiheit gemeint, vielmehr empfehlen die Verantwortlichen eine noch stärkere Regulierung.

Unterstützung erhalten die Medienanstalten vom Deutschen Journalisten-Verband (DJV). Daß die Forderung nun auf „höchster europäischer Ebene angekommen ist“, unterstreiche die „Dringlichkeit“, und es bleibe zu hoffen, „daß nicht Jahre vergehen, bis aus Europa wirksame Regeln kommen“, schreibt Pressesprecher Hendrik Zörner in einem Beitrag auf dem DJV-Blog. Facebook betont indes, es wolle sich „aktiv einbringen“, da gesetzliche Vorgaben „notwendig“ seien.